

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Achtzehnte Tagung der Konferenz am 15. und 16. März 2022 in Brüssel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
2. Einführung.....	2
3. Verlauf der Tagung.....	2
3.1. Plenarsitzung: Das Eigenmittelsystem der EU.....	3
3.2. Plenarsitzung: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts	4
4. Hochrangige Konferenz zur Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)....	5
4.1 Sitzung 1.....	5
4.2 Sitzung 2.....	6

1. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der achtzehnten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordination und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) sowie der Hochrangigen Konferenz zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD), Delegationsleiter,

Abgeordneter **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU),

Abgeordnete **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Stefan Müller** (CDU/CSU),

Abgeordnete **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordnete **Jamila Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter **Karsten Klein** (FDP) sowie

Abgeordneter **Peter Boehringer** (AfD).

2. Einführung

Die Einrichtung der Konferenz geht auf Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012 zurück. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten – zu denen mittlerweile alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehören – zur Aufnahme einheitlicher und verbindlicher Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Darüber hinaus ist in Artikel 13 die Gründung einer Konferenz von Vertretern der einschlägigen Ausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) vorgesehen, in der haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen gemäß der Regelungen des Fiskalvertrags beraten werden sollen. Die erste SWKS-Konferenz fand im Herbst 2013 in Vilnius (Litauen) statt.

Gemäß ihrer Geschäftsordnung, die im November 2015 verabschiedet wurde, soll die Konferenz einen Rahmen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags bieten. Eine weitere Aufgabe ist die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Zudem legt die Geschäftsordnung fest, dass sich die Delegierten im Frühjahr im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel treffen, während die Konferenz im Herbst in demjenigen Land stattfindet, das im zweiten Halbjahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht in der 20. Wahlperiode aus elf festen Mitgliedern aus allen dort vertretenen Fraktionen. Aufgrund der Querschnittsaufgabe der Konferenz sind dies Abgeordnete aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Der Bundesrat ist regelmäßig mit mehreren Delegierten bei der Konferenz vertreten

3. Verlauf der Tagung

Die diesjährige Europäische Parlamentarische Woche, die in der Regel neben der Interparlamentarischen Konferenz über SWKS die Konferenz des EP zum Europäischen Semester umfasst und mehrere Plenarsitzungen sowie interparlamentarische Ausschusssitzungen beinhaltet, fand aufgrund der Coronapandemie als Videokonferenz mit einem gekürzten Programm statt. Unter dem gemeinsamen Vorsitz der französischen Nationalversammlung, des französischen Senats und des EP standen im Rahmen der SWKS-Konferenz zwei Plenarsitzungen zu den Themen EU-Eigenmittel und Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie eine hochrangige Konferenz zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit mit zwei Sitzungen auf dem Programm.

Die Impulsvorträge der Tagung hielten unter anderem **Valdis Dombrowskis**, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission (KOM), **Antonio Costa**, portugiesischer Ministerpräsident, **Paolo Gentiloni**, EU-Kommissar für Wirtschaft, sowie Abgeordnete der nationalen Parlamente und des EP. Zur Begrüßung der Teilnehmenden übermittelten **Roberta Metsola**, Präsidentin des Europäischen Parlaments, und **Dr. Ursula von der Leyen**, Präsidentin der Europäischen Kommission, eine Videobotschaft.

Auf der Tagung waren Abgeordnete von Parlamenten aus 24 Mitgliedstaaten der EU und des EP vertreten. Darüber hinaus nahmen Delegierte aus Nordmazedonien sowie Norwegen als Beobachter teil.

3.1. Plenarsitzung: Das Eigenmittelsystem der EU

Die Plenarsitzung wurde gemeinsam von der Vizepräsidentin des EP, **Dita Charanzová**, sowie den Vorsitzenden der Finanzausschüsse von französischer Nationalversammlung und Senat, **Éric Woerth** und **Claude Raynal**, geleitet. In ihren einleitenden Worten forderte Charanzová neue Eigenmittel für die Rückzahlung der Anleihen, die im Rahmen des Aufbauinstruments *Next Generation EU* aufgenommen wurden. Sie begrüßte, dass die KOM die lang geforderte Reform der Einnahmenseite des EU-Haushalts in Angriff genommen habe, damit ausreichende Mittel zur Umsetzung der politischen Ziele der EU und zum Umgang mit den aktuellen Herausforderungen zur Verfügung stünden. Auch der Abgeordnete Woerth hielt eine Debatte über neue Eigenmittel für dringend notwendig. Nur so könnten schnell Einzelheiten wie der Verteilerschlüssel für die verschiedenen Einnahmequellen geklärt werden. Ihm sei dabei wichtig, dass die zu beschließenden neuen Abgaben nicht zu höheren Verbraucherpreisen führten. Sein Kollege Raynal sprach sich für einen Korb neuer Eigenmittel aus, die den Anteil der Beiträge der Mitgliedstaaten, die aktuell 70 Prozent der Einnahmen des EU-Haushalts darstellten, senken sollten.

Der Leiter der Generaldirektion Haushalt der KOM, **Jan Koopman**, erläuterte die Vorschläge für neue Eigenmittel. Neue und damit höhere Eigenmittel seien unerlässlich, um den Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von 800 Milliarden Euro aus *Next Generation EU* nachkommen zu können. Die Rückzahlungsverpflichtungen dürfen aus seiner Sicht nicht dazu führen, andere Programme im EU-Haushalt zu verdrängen oder die Beiträge der Mitgliedstaaten zu erhöhen. Daher schlägt die KOM zunächst drei neue Eigenmittelarten vor, basierend auf der Besteuerung multinationaler Unternehmen, dem bestehenden Emissionshandelssystem und einem CO₂-Grenzausgleichssystem. Entsprechend der mit dem EP in einer interinstitutionellen Vereinbarung verabredeten Roadmap wird die KOM im Jahr 2023 weitere Vorschläge für neue Eigenmittelquellen vorschlagen.

Als weiterer Impulsgeber sprach **Alain Lamassoure**, Mitglied der Interinstitutionellen Hochrangigen Gruppe für Eigenmittel. Er kritisierte den EU-Haushalt als nicht zeitgemäß. Seit der Finanzkrise 2008 beuge die EU einer Herausforderung nach der anderen auf der Basis von Festlegungen für den Haushalt, die im Jahr 1990 getroffen worden seien. Zudem sei der EU-Haushalt viel zu gering dimensioniert, aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten ließe sich lediglich die Agrar- und Kohäsionspolitik finanzieren. Auch das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts bedürfe einer grundlegenden Reform. Die gegensätzlichen Interessen von Nettoempfängern und Nettozahlern würden unter Ausschluss der Öffentlichkeit von den europäischen Staats- und Regierungschefs verhandelt, dies halte er für antieuropäisch und intransparent. Der EU-Haushalt müsse in Zukunft flexibler auf Krisen reagieren können und dürfe nicht auf sieben Jahre starr festgelegt sein.

In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich viele Delegierte für eine zeitnahe Einführung zusätzlicher Eigenmittel aus. MdEP **José Manuel Fernandes** (EVP) merkte an, dass die Finanzierung des EU-Haushalts mit neuen Eigenmitteln dringend geboten sei, da derzeit die beiden wirtschaftlich stärksten Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Beiträgen für fast 40 Prozent des Haushalts aufkämen. Das Programm *Next Generation EU* verdiene seinen Namen nicht, wenn dadurch die künftigen Generationen übermäßig finanziell belastet würden. Ihr Land begrüße eine globale Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung durch internationale Konzerne berichtete die Abgeordnete **Grozdana Peric** (Kroatien), wies aber darauf hin, dass eine globale Mindestbesteuerung zwar die Steuergerechtigkeit erhöhe, aber so angelegt sein müsse, dass sie nicht zu höheren Preisen für digitale Dienste führe. MdB **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU/CSU) plädierte für solide Staatsfinanzen und stellte drei Kriterien für das Eigenmittelsystem der EU auf. Zukünftige Eigenmittel müssten einfach, fair und transparent sein. Sie dürften nicht zu zusätzlichen Belastungen für die Industrie führen. Das von der KOM vorgeschlagene Paket sei nicht in Gänze nachvollziehbar, es fehlten Zahlen und detaillierte Informationen zu den Belastungen für Unternehmen.

Der Abgeordnete **Kai Jan Krainer** (Österreich) plädierte für eine pragmatische Herangehensweise. Manche Steuern funktionierten besser auf europäischer Ebene, wenn man z. B. an die Besteuerung des Flugverkehrs denke. Die Finanzierung des EU-Haushalts müsse auf europäischer Ebene durch das EP beschlossen werden, da das Haushaltsrecht in seinem Verständnis nur dem Parlament zustehe. MdEP **Joachim Schuster** (S&D) wünschte sich eine Versachlichung der Debatte darüber, auf welcher Ebene Mittel ausgegeben werden sollten. Bei der Bereitstellung von Geldern zur Bekämpfung aktueller Krisen wie der Ukraine-Krieg gäbe es große Einigkeit, dies solle auch bei der entsprechenden Finanzierung gelten. MdEP **Rasmus Andresen** (Grüne/EFA) drang auf eine Beschleunigung bei der Einführung der neuen Eigenmittel. Auf Mitgliedstaaten, die die Entscheidung blockieren wollten, müsse daher zugegangen werden. Zudem solle die europäische Unabhängigkeit im Bereich der Energiesicherheit sowie eine globale Mindeststeuer für multinationale Konzerne erreicht werden. Eine weitere wichtige Aufgabe sei die sofortige Einrichtung eines Kriseninstruments.

3.2 Plenarsitzung: Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Irene Tinagli, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, leitete die zweite Sitzung gemeinsam mit den Vorsitzenden der Finanzausschüsse der französischen Nationalversammlung und des französischen Senats, **Éric Woerth** und **Claude Raynal**. MdEP Tinagli sprach die negativen Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine auf das Wachstum in der EU an. Die Budgetregeln müssten in Zukunft flexibel, nachvollziehbar und transparent sein. Die Vorsitzenden Raynal und Woerth wiesen darauf hin, dass die Anwendung der Regeln derzeit ausgesetzt sei und plädierten dafür, die Zeit zu nutzen, um einen Kompromiss zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu finden. Laut Woerth brauche es neue Kriterien, die der Realität in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung trügen.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der KOM, betonte in seinem Impulsreferat, dass die Frühjahrsprognose maßgeblich sein werde für die finale Entscheidung, ob die allgemeine Ausweichklausel für 2023 wieder deaktiviert werde. Eine Reform der Fiskalregeln sollte daher bis Ende des Jahres 2022 abgeschlossen sein. Das aktuelle Regelwerk habe die hohen Schuldenstände nicht senken können und habe zu oft zu Einschnitten bei Investitionen geführt. Die Kriterien, nach denen eine Neuverschuldung in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ein Gesamtschuldenstand von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts möglich seien, sollten aus seiner Sicht beibehalten werden. Die Regeln für den Schuldenabbau seien hingegen zu hinterfragen. Der Abbau hoher Schuldenstände solle glaubhaft, nachhaltig und wachstumsfreundlich erfolgen. Investitionen sollten nicht gekürzt werden müssen. Zudem seien stärkere nationale Verantwortlichkeit, Einfachheit und weniger Komplexität Ziele der KOM bei einer Reform.

Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft, bewertete positiv, dass die europäische Wirtschaft mit hohem Wachstum ins Jahr 2022 gestartet sei. Allerdings seien die Schuldenstände sehr hoch, insbesondere durch Stützungsmaßnahmen während der Pandemie. Gentiloni sprach sich für eine Balance von Schuldenabbau und nachhaltigem Wachstum aus. Der Abbau müsse graduell erfolgen. Öffentliche strategische Investitionen müssen gefördert werden. Die guten Erfahrungen mit den Aufbau- und Resilienzplänen sollten für eine stärkere Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten bei den Fiskalregeln genutzt werden. Die zukünftigen Fiskalregeln sollten realistisch und weniger komplex sein, und dann aber auch besser durchgesetzt werden.

Der Abgeordnete **Laurent Saint-Martin**, Berichterstatter im Finanzausschuss der französischen Nationalversammlung, sprach sich für die Verlängerung der Ausweichklausel im Stabilitäts- und Wachstumspakt aus, um auf die negativen Auswirkungen des Ukrainekrieges reagieren zu können. Er erinnerte daran, dass die Regeln aus den 1990er Jahren stammten und den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht würden. Für mehr Spielraum sollten die Verschuldungsregeln gelockert sowie Kriterien für die Verschuldung, die für Investitionen erforderlich sei, eingeführt werden. Frankreich habe seine Verfassung so geändert, dass nachhaltige Schulden in größerer Höhe erlaubt seien.

Senator **Jean-François Husson**, Berichterstatter im Finanzausschuss des französischen Senats, schloss sich diesen Ausführungen an. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakt stünden schon lange in der Kritik, nun sei es an der Zeit, mehr Flexibilität für die Mitgliedsstaaten zu schaffen, zumal die nationalen Haushaltspolitiken Einfluss auf die gesamte Eurozone hätten. Dennoch könne nicht für jeden Mitgliedstaat die gleiche Lösung für die Ausgabenpolitik gelten. Die Regeln sollten vereinfacht werden, und Wachstum dürfe nicht mehr hinter Stabilität zurückstehen.

MdEP **Margarida Marques** (S&D), Berichterstatterin im EP für die Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens, machte auf die wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekrieges aufmerksam, die heute noch nicht überblickt werden könnten. Abgesehen von der Krisenbekämpfung müssten auch Gesundheit, Sicherheit und andere öffentliche Güter finanziert werden, eine wirtschaftspolitische Steuerung in der EU sei daher essentiell. Mit den Programmen *Next Generation EU* und *Repower EU* müsse eine nachhaltige und soziale Wirtschaftspolitik verfolgt werden, vor allem angesichts der zu erwartenden Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie.

In der nachfolgenden Diskussion forderten viele Delegierte eine Reform der Fiskalregeln noch in diesem Jahr. Die komplexen Regeln sollen vereinfacht und realistischer werden. Einige Delegierte sprachen sich für neue Kriterien aus, insbesondere für die Höhe des Schuldenstands. Der Abgeordnete **Victor Valentín Piriz** (Spanien) machte darauf aufmerksam, dass manche Mitgliedstaaten von Krisen stärker betroffen seien als andere. Daher solle der Abbau der hohen Schuldenstände individuell mit den betroffenen Mitgliedstaaten verabredet werden, um einen wachstums- und investitionsfreundlichen Kurs zu ermöglichen. Ein Modell zum Schuldenabbau, das für alle Mitgliedstaaten gelten solle, lehnte auch MdEP **Billy Kelleher** (Renew) ab. Er bedauerte zudem, dass die

Maßnahmen der Europäischen Zentralbank nicht in Diskussionen einbezogen würden, da sie doch einen wichtigen Baustein zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum darstellten.

Mit Blick auf die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auf die europäische Wirtschaft verbat sich der Abgeordnete **Igors Pimenovs** (Lettland) eine Rückkehr zur Austeritätspolitik. Ausgaben für Investitionen dürften nicht auf den Schuldenstand angerechnet werden, denn diese seien marktwirtschaftlich erforderlich. Dem schloss sich MdEP **Kira Marie Peter-Hansen** (Grüne/EFA) an. Die Haushaltspolitik der EU-Staaten dürfe sich nicht von Krise zu Krise hangeln, sondern müsse längerfristig und nachhaltig gedacht werden. Um Menschen statt Zahlen in den Mittelpunkt des Haushalts stellen zu können, sollten die Fiskalregeln vor allem Investitionen in Gesundheit und Soziales ermöglichen. Die Abgeordnete **Eftychia Achtsioglou** (Griechenland) bemängelte ebenfalls, dass die derzeitigen Verschuldungsregeln keineswegs sozialen Aspekten gerecht würden. Zudem seien sie nicht mehr zeitgemäß. Für die Reform der Regeln wünsche sie sich eine bessere Beteiligung der nationalen Parlamente und des EP.

4. Hochrangige Konferenz zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF)

4.1 Sitzung 1

Die erste der beiden Sitzungen der Hochrangigen Konferenz stand unter dem Vorsitz von **Irene Tinagli**, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, und **Johann Van Overtveldt**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP sowie **Laurent Saint-Martin**, Berichterstatter im Finanzausschuss der französischen Nationalversammlung und **Jean-François Husson**, Berichterstatter im Finanzausschuss des französischen Senats. MdEP Van Overtveldt wies darauf hin, dass das Programm *Next Generation EU* vor allem der Finanzierung des digitalen und grünen Wandels sowie dem Aufbau einer besseren wirtschaftlichen Resilienz dienen solle. Wenn die Mittel nun effektiv genutzt würden, könnten auch die Folgen des Ukrainekrieges abgemildert werden. MdEP Tinagli rief dazu auf, die Erfahrungen aus der Anwendung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit zu nutzen und sowohl aus Fehlern als auch aus Erfolgen zu lernen.

Antonio Costa, portugiesischer Ministerpräsident, begrüßte in seinem Einführungsbeitrag, dass durch das gemeinsame entschlossene Handeln von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen das Wirtschaftswachstum fast wieder das Niveau vor der Coronakrise erreicht hätte. Mit den Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfähigkeit sollten nun Sicherheitsnetze für Beschäftigte, öffentliche Haushalte und Unternehmen geschaffen werden. Eine einheitliche Bewertung und Begleitung der nationalen Wiederaufbaupläne durch die KOM könne Transparenz und Vertrauen schaffen. Die weitere Aufgabe der Politik sei es nun, realistische Ziele anzugehen. Zukünftig solle eine goldene Regel eingeführt werden, nach der Investitionen in den Bereichen Klimawandel und Digitalisierung nicht auf den Schuldenstand angerechnet würden. Daneben könnten die neuen Eigenmittel wie die globale Besteuerung multinationaler Unternehmen sowie der CO₂-Ausgleichsmechanismus ein höheres Investitionsvolumen mobilisieren.

Der Abgeordnete **Saint-Martin** befürwortete die Fähigkeit anhand der Ergebnisse aus Frankreich. 45 Milliarden Euro seien Frankreich zur Verfügung gestellt worden, die in den Bereichen Klimawandel, Digitalisierung und regionalen Zusammenhalt investiert worden seien. Über die EU-Ziele hinaus strebe Frankreich die CO₂-Neutralität bis 2050 an. Die Rückzahlung der gemeinschaftlichen Schulden sehe er durch die neuen Eigenmittel gesichert. Erste Lehren aus der Implementierung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit zog Senator **Husson**. So habe die komplementäre Finanzierung durch EU- und nationale Mittel den erforderlichen Spielraum für die individuellen Bedarfe eröffnet. Frankreich habe sich realistische Zielmarken gesetzt, die nun Schritt für Schritt umgesetzt würden. Mit den neuen Eigenmitteln erhoffe er sich eine Entlastung der Nettozahler.

Der Berichterstatter im EP zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit, MdEP **Siegfried Mureşan** (EVP), machte darauf aufmerksam, dass das Instrument nicht nur zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Coronakrise diene, sondern die Mittel auch verwendet werden müssten, um eine höhere Resilienz zu schaffen. Er kritisierte, dass etliche Staaten mit den EU-Geldern lange geplante Maßnahmen finanzierten, statt wie gefordert neue Programme aufzusetzen. Seine Co-Berichterstatterin, MdEP **Eider Gardiazabal Rubial** (S&D), wandte ein, dass der EU-Haushalt in seiner jetzigen Form nicht zur Bekämpfung von Krisen geschaffen sei. Sie begrüßte die bessere Beteiligung des EP bei der Aufstellung und der Ausführung von Programmen wie *Next Generation EU* und forderte eine Überarbeitung des Europäischen Semesters. Zu mehr Investitionen in Energiesicherheit und erneuerbare Energien rief Co-Berichterstatter MdEP **Dragoş Pîslaru** (Renew) auf. Alle Maßnahmen müssten für kommende Generationen mitgedacht werden. Die heutigen Jugendlichen wären bereits jetzt von der Coronakrise am stärksten betroffen.

Céline Gauer, Leiterin der *Task Force Aufbau und Resilienz* der KOM, zog drei Lehren aus den bisherigen Erfahrungen mit der Aufbau- und Resilienzfazilität. Erstens habe die schnelle Implementierung zu guten Ergebnissen geführt. Ein Beispiel für einen erfolgreichen Einsatz der Mittel sei die Digitalisierung an Schulen. Zweitens sollten die Mitgliedstaaten für weitere Maßnahmen die länderspezifischen Empfehlungen der KOM im Rahmen des Europäischen Semesters berücksichtigen, nur so könnten die Folgen des Ukrainekrieges abgemildert werden. Sie riet drittens den nationalen Parlamenten, sich stärker bei der Implementierung der Aufbau- und Resilienzfazilität einzubringen und die geplanten Schritte öffentlich und mit der Zivilgesellschaft zu debattieren.

Etliche der wortnehmenden Delegierten äußerten in der Diskussion ihre Befürchtungen, dass das Volumen der Aufbau- und Resilienzfazilität und der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne aufgrund der zusätzlichen Belastung durch den Krieg in der Ukraine nicht ausreichend sei. Der Abgeordnete **László Varju** (Ungarn) machte darauf aufmerksam, dass nicht alle Mitgliedstaaten in der Lage seien, die von der KOM im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität angebotenen Kredite in Anspruch zu nehmen, da aufgrund der unsicheren Lage durch den Ukrainekrieg die Rückzahlung nicht gesichert sei. Die fehlende Verknüpfung von nationalen Wiederaufbauplänen kritisierte MdEP **José Manuel Fernandes** (EVP). Aus seiner Sicht sei beispielsweise eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit Spaniens und Portugals im Energiesektor nötig. Auch im Hinblick auf den Europäischen Verteidigungsfonds sei mehr Kooperation und Koordination der einzelnen Mitgliedstaaten erforderlich.

Die Abgeordnete **Christiana Erotokritou** (Zypern) merkte an, dass der Ukrainekrieg gezeigt habe, wie verletzlich die EU im Bereich der Energiesicherheit sei. Zypern biete sich aufgrund seiner guten Beziehungen zu den Ländern des östlichen Mittelmeerraums als Vermittler für Abkommen der gesamten EU mit jenen Länder an. Angesichts einer neuerlichen Wirtschaftskrise durch den Krieg in der Ukraine forderte MdEP **Margarida Marques** (S&D) ein neues Programm *Next Generation EU 2.0*. Neue Prioritäten benötigten nicht nur eine Aufstockung der Mittel, sondern eine komplette Überarbeitung. Daneben sei für das Gelingen der Maßnahmen ein gegenseitiges Vertrauen sowie die Übereinstimmung von nationalen und europäischen Zielen dringend erforderlich. MdEP **Damian Boeselager** (Grüne/EFA) schloss sich der Forderung nach mehr Solidarität innerhalb der EU an. Die einzelnen Mitgliedstaaten seien unterschiedlich abhängig von Exporten nach oder Gasimporten aus Russland. Mit einem gemeinsamen Fonds könne die Einheit und Geschlossenheit der EU, vor allem gegenüber Russland, demonstriert werden.

4.2 Sitzung 2

Auch die zweite Sitzung der Hochrangigen Konferenz zur Aufbau- und Resilienzfazilität wurde von **Irene Tinagli**, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des EP, und **Johann Van Overtveldt**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des EP sowie **Laurent Saint-Martin**, Berichterstatter im Finanzausschuss der französischen Nationalversammlung und **Jean-François Husson**, Berichterstatter im Finanzausschuss des französischen Senats, geleitet.

In ihrem Impulsreferat stellte **Anelia Stefanova**, Leiterin des Programms Transformation der Nichtregierungsorganisation *CEE Bankwatch* die Ergebnisse einer Studie zur Auswirkung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität auf den grünen Wandel in den osteuropäischen Staaten dar. Die osteuropäischen Staaten stünden als besondere Nutznießer der Fazilität im Mittelpunkt der Untersuchung. Stefanova bemängelte, dass noch zu viele Investitionen und Subventionen in die Nutzung von Erdgas fließen würden. Zudem würde zu wenig für die Förderung von Biodiversität unternommen. Daneben seien die Entscheidungen zur Verwendung von Gelder zu wenig transparent und beteiligten die Zivilgesellschaft nicht ausreichend. Vor diesem Hintergrund forderte sie eine Überarbeitung der Fazilität, um mehr Energiesicherheit und eine bessere Bekämpfung des Klimawandels erreichen zu können.

Richard van Zwol, Vorsitzender des Netzwerks unabhängiger Finanzinstitutionen in der EU, berichtete von den Untersuchungen der verschiedenen Organisationen des Netzwerks, die sich mit den Auswirkungen von finanzpolitischen Entscheidungen auf die jeweiligen Haushalte befassten. Eine solche unabhängige Überprüfung habe es für das Programm *Next Generation EU* nicht gegeben, was aus seiner Sicht sehr bedauerlich sei. Die nationalen Wiederaufbaupläne würden zwischen der KOM und den nationalen Regierungen verhandelt, ohne unabhängige Expertise heranzuziehen oder die Öffentlichkeit zu beteiligen. Damit sei auch die demokratische Verantwortlichkeit der Parlamente bezüglich der Verwendung der Mittel erschwert. Die KOM habe zwar gleiche Ziele für alle Mitgliedstaaten vorgegeben, es gebe jedoch keinen EU-weiten Gesamtüberblick der Maßnahmen, so dass eine vergleichende Bewertung sehr schwierig sei.

Tommaso Nannicini, Mitglied des Ausschusses für EU-Angelegenheiten des italienischen Senats, betonte, dass Einigkeit unter den Mitgliedstaaten die große Stärke der EU sei. Häufig gebe es aber gegenseitiges Misstrauen, wenn über eine gemeinsame Finanzpolitik debattiert werde. Um die gemeinsamen politischen Ziele zu erreichen, sei mehr wirtschaftliche Integration in der EU vonnöten. Diese komme allen Mitgliedern zugute, da sie auch die soziale Kohäsion stärke. Daneben wies er auf die Bedeutung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zur Stabilisierung und Stärkung der europäischen Wirtschaft hin. Dabei könne noch mehr Erfolg mit einer besseren Koordinierung der Geldpolitik und den nationalen Fiskalpolitiken erreicht werden. Er begrüßte die derzeitige Aussetzung der Verschuldungsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakt und forderte bei seiner Reform die Einführung der sogenannten goldenen Regel, nach der Ausgaben für Investitionen nicht auf den Schuldenstand angerechnet werden sollten.

Zahlreiche Delegierte bezeichneten im anschließenden Meinungsaustausch das Programm *Next Generation EU* als bedeutenden Beitrag zur Bekämpfung der Folgen der Coronakrise und zum Aufbau wirtschaftlicher Resilienz, so der Abgeordnete **Ioan Sebastian Burduja** (Rumänien). Die Lehre aus den jüngsten Krisen sei, Entscheidungen schneller zu fällen und flexibler zu handeln. Erste Erfahrungen aus der Implementierung des Programms zeigten nach Ansicht von MdEP **Isabel Benjumea** (EVP), dass die Koordinierung mit lokalen und regionalen Behörden für eine schnelle und gewinnbringende Verwendung der Mittel sorgen könne. Allerdings kritisierte sie die mangelnde Transparenz bei der Mittelvergabe und sprach sich dahingehend für eine Überarbeitung aus. MdEP **Atidzhe Alieva-Veli** (Renew) berichtete, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität für viele Staaten ein Erfolgsmodell gewesen sei. Sie plädierte dafür, die Mittel aus der Fazilität zu nutzen, um in den digitalen und grünen Wandel zu investieren. Nationale Parlamente und das EP müssten dabei stärker zusammenarbeiten.

MdEP **Markus Pieper** (EVP) bezeichnete die Aufbau- und Resilienzfazilität als wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Folgen der Coronakrise, befürchtete aber, dass die Finanzierung durch eine Verschuldung der EU zu einer Schuldengemeinschaft führen könne. Die vorhandenen Mittel hätten besser genutzt werden sollen. Der Haushaltskontrollausschuss des EP hätte Zweifel an der transparenten Handhabung der Gelder, da bislang keine konkreten Daten vorlägen. Die zukünftigen Herausforderungen durch den Klimawandel müssten im Mittelpunkt der Überlegungen zur Verwendung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität stehen, forderte der Abgeordnete **Nelson Silva** (Portugal). Die EU stehe in der Pflicht, die langfristigen Interessen der Bürger zu verteidigen. Dafür müsse die EU vor allem nachhaltige und langfristige Ziele der Dekarbonisierung der Wirtschaft und der unabhängigen Versorgung mit Energie und Lebensmitteln verfolgen. Der Abgeordnete **Jean-Marie Mizzon** (Frankreich) zeigte sich erfreut über die kurze Zeit, innerhalb derer das Instrument *Next Generation EU* aufgestellt wurde, bekräftigte aber die zuvor geäußerten Bedenken zur Rückzahlung der dafür aufgenommenen Schulden. Die Einnahmen durch die neuen Eigenmittel hätten zweckgebunden gestaltet werden sollen, diesbezügliche Vorschläge der KOM fänden sich aber nicht in der entsprechenden interinstitutionellen Vereinbarung. Er plädierte dafür, in den Parlamenten mehr über die Rückzahlung der Kredite zu debattieren.

Berlin, den 23. Juni 2022

Christian Petry
Delegationsleiter

